

Steuern oder innere Anleihen einzuschränken. In Erwartung des Berichtes der Wiedergutmachungskommission sowie der bevorstehenden Versammlung der alliierten Ministerpräsidenten ist keinerlei Zwangsmaßnahme gegenüber Deutschland in Aussicht genommen.

Das Wiedergutmachungsproblem ist also wieder einmal vertagt und das selbe gilt von allen anderen Fragen, die in London erörtert wurden. Jrgendeine Lösung ist in keinem Fall erfolgt. Das einzige greifbare Ergebnis der Londoner Besprechungen besteht in der Aussicht einer ganzen Reihe interallierter Konferenzen, die sich vor allem mit der Langer- und der orientalischen Frage, wenn nicht auch mit dem Wiederherstellungsproblem zu beschäftigen haben werden. Nachdem Lloyd George und Poincaré kurz die Haager Konferenz gestreift hatten, über welche nicht mehr viel zu sagen war, nachdem Frankreich seinen umschmeißeligen Standpunkt aufgegeben und sich zum weiteren Verbleiben im Haag entschlossen hatte, berührte man oberflächlich das Problem der interalliierten Schulden, wobei daran erinnert wurde, daß im Augenblick nichts damit anzufangen sei, weil Amerika seinen Standpunkt noch immer nicht verlassen hätte. Endlich ging man zu schwereren Problemen über. Hierbei wurde, was sogar die Korrespondenten der Pariser Blätter in London zugeben müssen, die Unterredung außerordentlich heftig, weil Lloyd George und Poincaré in der Frage der Behandlung der Türkei durchaus verschiedener Ansicht sind.

Die deutschen Steuerbeamten gegen die Steuererpressung der Entente.

Der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten, der mit 19 000 Mitgliedern die überwiegende Mehrzahl der in der Reichssteuerverwaltung beschäftigten Beamten umschließt, nahm in seiner Tagung in Heidelberg nachstehende Entschlüsse einmütig an:

Die von dem Wiederherstellungsausschuss vor kurzem erneut gestellten unerfüllbaren Forderungen zwingen dem ausgepressten deutschen Volke ein Schloß auf und nehmen ihm jede wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die deutsche Regierung darf gewiß sein, daß die im Bunde Deutscher Reichssteuerbeamten zusammengeschlossene Beamtenschaft es eintretenfalls ablehnen wird, von unserem armen Volke fernerhin Unsummen an Steuern zu erpressen, die nicht dem Wiederaufbau dienen, sondern den Belagerungstruppen ein Wohlleben ermöglichen, das in schroffen und schreienden Gegensatz zur ärmlichen Lebenshaltung des allergrößten Teiles des deutschen Volkes steht. Die Steuerbeamtenschaft wird auch weiter ihre volle Pflicht tun, wenn es gilt, unseren ernsten Erfüllungswillen zu zeigen. Zur Erfüllung von Ansprüchen, die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen und das deutsche Volk noch mehr ins Elend hineinreißen müssen, wird sich die Steuerbeamtenschaft keineswegs entschließen können.

Die Schraube ohne Ende.

Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Wochen bringt der Reichsbahn neue Ausgaben persönlicher und sachlicher Natur. Wie bereits in der Öffentlichkeit bekannt, steht eine Erhöhung der Beamtenegehälter und Arbeiterlöhne bevor. Außerdem ist in den allernächsten Tagen mit einer weiteren starken Erhöhung der Materialpreise zu rechnen, die sich insbesondere auf Kohle und Eisen, zwei der wichtigsten Bedarfsgegenstände der Reichsbahn, bezieht. Während von einer Erhöhung der Personentarife mit Rücksicht auf den augenblicklichen starken Erholungsreiseverkehr Abstand genommen werden soll, werden die Güter-, Tier- und Expresstarife zum 1. Juli um 25 Prozent erhöht.

Es ist recht eigenartig, daß diese 25prozentige Erhöhung der Gütertarife 8 Tage vor deren Inkraftsetzung dekretiert wird, und zwar ohne daß vorher eine Verhandlung mit den Interessenten stattgefunden hat.

Der Ausverkauf Deutschlands

macht Riesenschritte. Es haben sich schon unter ganz unversöhnlicher Flagge mit deutschen Namen Gesellschaften gebildet, die verschleiern den Anlauf von deutschen Immobilien im großen betreiben. Dies ist kein Wunder. Die Entwertung des deutschen Grund und Bodens legt allem, was man bisher schon erlebt hat, die Krone auf! Einige Beispiele mögen dies erläutern. Für ein goldenes Zwanzigmarkstück kann man heute noch in Berlin eine Vierzimmerwohnung auf ein ganzes Jahr mieten. Einen Morgen Land kann man für eine Mark in Gold oder zwanzig Mark für ein Zwanzigmarkstück pachten. Der Berliner Magistrat hat ein Grundstück in der Fischerstraße, also im Zentrum von Berlin, für 55 000 Mark, d. h. also für etwa 700 Mark in Gold verkauft. Dieses Grundstück beherbergt mehrere Familien. Ein anderes Grundstück in guter Lage Charlottenburgs wurde für 325 000 Mark veräußert. Es kostet also nur 1000 Dollar. Für ein Festmeter Buchenholz oder für 30 Zentner Bretholz kann man in der Mark einen Morgen Ackerland erstehen. Für gutes Bauland zahlte man in diesen Tagen in Berlin noch 100 bis höchstens 200 Mark je Quadratmeter, d. h. für einen Bauplatz von 1000 Quadratmeter 1 000 000 Mark oder 1200 Mark in Gold.

Zum Schiffsuntergang in Hamburg.

Aus dem Dampfer „Apare“ wurden bis gestern vormittag weitere zehn Leichen (eine weibliche und neun männliche) geborgen. Zwei davon wurden durch Taucher aus dem Schiffsinnen ge-

hoben, die übrigen durch offene Luken herausgetrieben und längsseits aufgenommen. Die Toten gehören der brasilianischen Besatzung an. Gestern sollten noch die unteren Räume des Schiffes nach Opfern durchsucht werden. Die Zahl der Vermissten wird jetzt auf 38 angegeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Juni.

Die Interpellation Hergt (Deutschnall.), betr. die planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung soll in der nächsten Woche beantwortet werden.

Getreideumlage.

Abg. Diez (Ztr.) erklärt, daß die wirtschaftliche Lage erschwert worden sei durch den Mangel an Düngemitteln. Es werde zwar mit Schlagwürtern gearbeitet. Jetzt müsse man im Interesse des Ganzen den richtigen Mittelweg finden. Der Redner regt auch die frachtfreie Beförderung von Getreide und Mehl an. Im übrigen sei Einigkeit zwischen Stadt und Land notwendig.

Abg. Dufche (Deutsche Vpt.) macht darauf aufmerksam, daß die landwirtschaftlichen Vertreter sich einmütig gegen die Getreideumlage ausgesprochen haben. Die deutsche Landwirtschaft habe die Pflicht, das deutsche Volk zu ernähren. Man sollte ihr diese Aufgabe nicht erschweren und durch bürokratische Maßnahmen unmöglich machen. Die freie Wirtschaft sei ein Programmpunkt seiner Partei. Der Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungs- und des Mietwesens sei eine Vorbedingung des Steuerkompromisses gewesen. Die Brotversorgung nach der Ernte dürfe nicht stocken. Die Landwirtschaft habe bei der bisherigen Umlage ihre Pflicht getan, sie werde auch im freien Verkehr nicht versagen. Sie stelle die Volksernährung höher als die eigenen Interessen. Alle Besitzenden sollten zur Verbilligung des Brotes beitragen. Der Anteil der Landwirtschaft am deutschen Marktbrot ist sehr gering. Die Verneuerung der Kartoffelankaufslage hat im laufenden Jahre 11 Prozent betragen gegenüber der Periode von 1914 bis 1920, während der Brotgetreideanbau nur um 0,9 Prozent in der gleichen Zeit gestiegen sei. Die Spekulation mit Getreide wird vergrößert werden, wenn nur 1/2 bis 2 Millionen Tonnen auf den freien Markt kommen. Die Ernteaussichten seien nicht besonders günstig. Ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz werde selbstverständlich geachtet werden. Der Redner fordert zum Schluß eine Besserung der Ernährungslage der Verbraucher.

Abg. Frieschmann (Dem.) behauptet, daß die Profrage zu einer Parteifrage gemacht worden sei. Die Parteien sollten endlich zu einer Sammlung kommen, um die großen Probleme zu lösen. Die Landwirtschaft sei bereit, in der Ernährungsfrage auch weiterhin ihre Pflicht zu tun. Die Zwangswirtschaft berge die größten Gefahren in sich. Nur die freie Wirtschaft sei maßbringend. Hoffentlich komme man im Ausschuss zu einer Einigung. Der Landwirtschaft sollte billiger Rausfänger zugeführt werden. Vor allem sollte man an die Kultivierung der großen Moorflächen und Weidlandereien herangehen, um die Anbaufläche zu vergrößern.

Abg. Dr. Heim (Bayr. Vpt.) stellt fest, daß wir in diesem Jahre mit unseren Vorräten bis in das neue Wirtschaftsjahr hineinreichen. Es sei unmöglich, durch eine Umlage aus unserer Landwirtschaft 4 1/2 Millionen Tonnen herauszuholen, wie die Sozialdemokraten es wünschen. Bei einer schlechten Ernte würde das eine fast restlose Verschlagnahme des Ernteertrages bedeuten. Man müsse Rücksicht nehmen auf die Stimmung in der Landwirtschaft. Der Vorwurf der Sabotage sei völlig ungerecht. Die Landwirtschaft habe 1921 durch die Verminderung des Preises für Umlagegetreide eine Sondersteuer von 20 Milliarden Mark getragen. Die Hoffnung auf russisches Getreide sei gering. Der Redner fordert zum Kampf auf gegen die gewaltlosen Besizen und Kanälen in den Schlemmerkolonnen.

Abg. Heidemann (Komm.) begrüßt das Erscheinen des Reichsanwalters. Endlich scheine man die Bedeutung der Ernährungsfrage zu erkennen, oder sei es dem Kanzler nur um seinen wackelnden Thron zu tun? Demagogie werde nicht von den Kommunisten getrieben, sondern von den anderen Parteien. (Heiterkeit.) Der Redner fordert eine Erhöhung der Getreideumlage und billiges Brot.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Ein Antrag aller Parteien, der Erleichterungen für die gemeinnützigen und Wirtschaftsgenossenschaften fordert, wird angenommen, nachdem Justizminister Dr. Radbruch sich damit einverstanden erklärt hat.

Die Vorlage über die Schutzpolizei der Länder geht an einen Ausschuss. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Benelmann- und Wiesbadener Abkommen. Interpellation Dr. Stresemann über die Gefahr der Neutralisierung der Rheinlande. Schluß 6 1/2 Uhr.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 20. Juni 1922.

—e. Vom Rate nehmen Bürgermeister Dr. Bag, Stadtrat Fankhänel und Stadtbaurat Wajinger, vom Kollegium 19 Mitglieder teil.

Vorsteher Georgi verliest vor Eintritt in die Tagesordnung einen Brief des Stadts. Rob. Wolf. Stadts. Wolf schreibt darin, ihm sei seit dem 10. April nichts darüber zugegangen, daß der Aus-

schluß aus der Partei zurückgenommen worden sei, obwohl die Parteinstanzen gesprochen haben. Er beabsichtige nicht, wieder in das Kollegium einzutreten, da die Beschlüsse der Fraktion vielfach den Beschlüssen der Gemeindevertretertage diametral gegenüber stünden.

Vorsteher Georgi bemerkt dazu, die Parteinstanzen hätten gesprochen. Wolf verquide in unzulässiger Weise seine Angelegenheiten mit denen der Partei. Es müßten nunmehr gegen ihn die durch die revidierte Städte- und die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Maßnahmen ergriffen werden.

1. Die Kenntnisnahme

betrifft den Bericht und den Voranschlag des Kassensachverständigenverbandes. Darnach war der Revisor für unsere Stadt 45 Tage verfügbar, von denen nur 33 Tage verbraucht worden sind. Das Verbandsvermögen beträgt 16393,27 Mt. Der Bericht schlägt vor, die Revision der Spar- und Girokassen von den Arbeiten des Verbandsrevisors abzutrennen und ihn von der Prüfung der Ortstanken- und Kirchenkassen ganz zu befreien. Den ersten Voranschlag hat die Verbandsversammlung mit Rücksicht darauf, daß der Revisor im nächsten Jahre in den Ruhestand treten will, vertagt, dem anderen zugestimmt.

2. Für Fußbodensil

für die Schulen werden debattelos 6132 Mt. bewilligt.

3. Zur Einzäunung der Obstbaumpflanzung im Neustädter Schützenhausgrundstück.

für die 10 000 Mt. angefordert werden, beantragt Stadts. P. Wagner Vertagung, da die Notwendigkeit solange nicht vorliege, als entweder keine Bäume gepflanzt oder diese noch klein seien. Stadts. Freitag betont dem gegenüber, die Bäume bedürften gerade, solange sie jung seien, des Schutzes.

Nach weiteren Ausführungen der Stadts. P. Wagner und Rudelt wird die Ratsvorlage mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen.

4. Für die Fußwegherstellung auf der linken Seite der Goldbachstraße

werden 30 000 Mt. einstimmig bewilligt.

Stadts. Weher wünscht größere Sorgfalt bei diesen Arbeiten, damit die Bordsteine nicht so bald schief würden, wie z. B. in der Lungwitzer Straße.

5. Beseitigung von Schutt an der sog. Weberwäpfe.

die den Zustand des Grundstückes von Frau Schrap (Dresdner Straße) ungünstig beeinflussen. Von den 4000 Mt. Kosten trägt die eine Hälfte die Stadt, die andere Herr Gläfer.

Stadtbaurat Wajinger bemerkt dazu, daß diese sog. Weberwäpfe zwischen den Grundstücken von Schrap und Betschel Nachf., zum Teil unter der dort befindlichen Treppe, liegt und aus der alten Bergwerkzeit stammt.

6. Die Räumigungsfristen bei Abgang von Beamten

werden gemäß dem Ratsbeschlusse auf den 1. und 15. jeden Monats gelegt, und

7. Die Sparkassendirektor-Stelle

nachträglich formell genehmigt.

8. Die Diäten- und Verpflegungskosten für das Waisenhaus

werden von 10,50 Mt. auf 20 Mt. bez. von 18 Mt. auf 27 Mt. erhöht, ebenso

9. Die Preise für Käse und die Gebühren für Grubenräumung

von 3 Mt. für den cbm auf 6 Mt. bez. von 15 Mt. auf 20 Mt.

Stadtbaurat Wajinger hält diese Gebühren für zu niedrig, wodurch der Fehlbetrag sehr hoch werden würde. Die Stadt Entschuldig z. B. habe viel höhere Gebühren.

10. In den Bestimmungen über die Gas- und Elektrizitäts-Verwaltung

wird § 5, Abs. 2 dahin geändert, daß es heißt: Die dem Verwaltungsausschuss angehörenden Mitglieder des Betriebsrates werden von den Angestellten und den Arbeitern des Werkes gewählt.

11. Für zwei Sicherungstürme am Maschinenhaufe des Wasserwerkes an der Eisenstraße

werden nach kurzen Bemerkungen von Stadts. Köpfel und Stadtbaurat Wajinger, der betont, daß dort seit Einbau des neuen Hebewerkes Werte im Betrage von rund 1 Million Mark sich befinden, 16 000 Mt. einstimmig bewilligt.

12. Die Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadtgemeinde

werden ohne Aussprache genehmigt. Darnach sind Arbeiten bis zu 1000 Mt. vom Stadtbauamt zu vergeben, solche von 1—5000 Mt. unter drei hiesigen Handwerkern, die von 5—10 000 Mt. unter allen hiesigen Handwerkern und die über 10 000 Mt. öffentlich in der Orts- und Fachpresse auszusprechen.

13. Die Schuttabladegerühren

werden dahin erhöht, daß künftig jede Marke für ein Pferdefuder 5 Mt. kostet, Handwagenfahren aber frei bleiben sollen.

14. Für die Erhöhung der Gemeindeförderlöhne

werden auf Grund des neuen, seit 1. Juni gültigen Tarifs 3400 Mt. nachverwilligt, d. h. pro Jahr rund 45 000 Mt.

15. Bewilligung von Kosten für die Verbesserung schadhafter Fußwege.

Es handelt sich hauptsächlich um den Fußweg vor den Häusern Oststraße 7 bis 15, wo die Steinplatten zerbrochen und ausgebrochen sind. Da die betr. Hausbesitzer zur Beitragsleistung nicht verpflichtet sind, muß die Stadt die Kosten tragen. Es werden 40 000 Mt. Berechnungsgeld gesichert, die auch zur Verbesserung anderer Stellen, auch in der Altstadt, verwendet werden sollen.

Stadtbaurat Wajinger erwähnt, daß in der Neustadt nur die Fußwege aus Fruchtschieferplatten der städtischen Unterhaltung unterliegen.

16. Erhöhung der Sozialrentner-Unterstützung und Bewilligung der Mehraufwendungen.

Nach dem Befehl können, nicht sollen ab 1. April 1922 die Höchstätze zugrundegelegt werden, d. h. 4800 Mt. im Jahre für ein Ehepaar, 3200 Mt. für die Witwe und 2000 Mt. für die Waife. In bestimmten Fällen können aber auch die Mindestsätze angewandt werden.

Stadts. Bornshlegel tritt für Beseitigung dieser niedrigen Sätze ein.

Stadts. P. Wagner bittet namens der Unterstützungs-Empfänger, die Nachzahlung so rasch als möglich vorzunehmen.

Bürgermeister Dr. Bag weist darauf hin, daß im ganzen 120 000 Mt. hinzukommen zu der bereits zu zahlenden Summe gleicher Höhe. An sich sei es Aufgabe des Reiches, nicht der Gemeinden, diese Lasten zu tragen. Bei der Juli-Zahlung soll zugleich für April bis Juni nachgezahlt werden.

17. Postautolinie Hohenstein-Ernstthal - Waldenburg betr.

Vorsteher Georgi trägt dazu aus den Akten vor, daß die Linie Hohenstein-E.-Hohenstein-Ernstthal - Waldenburg Nr. 336 706,70 Einnahmen und 508 537,77 Ausgaben gehabt hat, so daß ein Fehlbetrag von 166 831,07 Mt. entstanden ist. Unsere Stadt hat dafür einschl. 2000 Mt. Garantiesumme 3232 Mt. aufgewendet, wovon noch der Er- läß für die verkaufte Halbeinrichtung abzuziehen ist, so daß nur 1982,29 Mt. zu decken sind. Der Stadtrat zu Waldenburg schlägt nun vor, mittags im Anschluß an den von Altenburg kommenden Wagen einen Wagen nach Hohenstein-Ernstthal verkehren zu lassen, der nachmittags wieder zurückfährt und in Waldenburg Anschluß nach Altenburg hat. Der Wagen wäre gesichert, wenn unsere Stadt 6000 Mt. pro Jahr garantierte, bez. probeweise auf ein Vierteljahr 1500 Mt.

Das Kollegium stimmt dem dahin lautenden Ratsbeschlusse debattelos zu.

18. Ein Gesuch um Gewährung eines Baukostenzuschusses.

Es handelt sich um den Neubau des Herrn Kreher auf der Bismarckstraße, den die Stadt entweder kaufen oder zu dem sie Zuschüsse leisten soll, da seine (Kreher's) Mittel erschöpft seien. Der Rat hat den Kauf abgelehnt und beschlossen, auf dem früheren Beschlusse zu beharren, d. h. 40 000 Mark Beihilfen zu zahlen, wenn der Bau damit und mit Kreher's eigenen Mitteln bis zum Dachgeschloß fertiggestellt werden kann.

Das Kollegium schließt sich ohne Aussprache diesem Beschlusse an.

19. Für Schulwanderungen

(ganztägige Wanderungen) werden 6000 Mark Berechnungsgeld und

20. für Beaufsichtigung von Spielnachmittagen für Kinder

und für deren Versicherung gegen Unfall 5000 Mt., ebenfalls als Berechnungsgeld, einstimmig bewilligt.

21. Der Zuschlag zur Grundsteuer 1922

soll auf 25% festgesetzt werden. Stadts. Arnold erklärt namens der kommunizistischen Fraktion, sie würde dagegen stimmen, da die Hausbesitzer den Zuschlag doch nur auf die Mieter abwälzen, die dadurch erneut belastet würden.

Der Zuschlag wird in der vorgeschlagenen Höhe mit 13 gegen 6 Stimmen genehmigt.

22. Die Arrentkassen-Rechnung 1919

wird zur Nachprüfung an Stadts. Karl Wagner gegeben.

Vorsteher Georgi gibt dem Kollegium Kenntnis von der Einladung des Ergebirgischen Sängerbundes zum 60. Bestfest am 1. und 2. Juli (1. Juli: Begrüßungsabend im Schützenhaus, 2. Juli, vorm. 11 Uhr geistliches Konzert in der Christophorische, nachm. 4 Uhr weltliches Konzert auf dem Festplatz), sowie von der Einladung des Ausschusses für Jugendwandern zu seiner 1. öffentlichen Hauptversammlung am 28. Juni im „Gewerbehause“.

Stadts. Bornshlegel fragt den Rat, ob er Mittel für Kartoffelankäufe zur Verfügung stellen wolle und könne.

Bürgermeister Dr. Bag erwidert, daß, solange nicht klar sei, ob die Kartoffelverföschung ganz frei würde wie im Vorjahre oder durch Beiträge mit Lieferungsverpflichtung etwas gebunden würde, die Landwirte sich auf nichts einließen, sondern abwarteten. Bestimmte Summen könnten auch nicht eingelegt werden, da ja die Preise noch gar nicht feststünden.

Stadts. Bornshlegel beantragt, einen Ausschuss mit Vollmachten für den Anlauf zu bilden.

Nach weiteren Bemerkungen von Bürgermeister Dr. Bag und Stadtbaurat Wajinger wird der Voranschlag von Vorsteher Georgi, der Bildung eines Ausschusses grundsätzlich zuzustimmen, ihn aber erst in einer der nächsten Sitzungen zu bilden, einstimmig angenommen, und darauf die öffentliche Sitzung 10 Uhr geschlossen. eine geheime Beratung schließt sich an.

Wollen Sie bauen?

Dann benutzen Sie die seit langem bewährte AMBI-Massivbauweise. AMBI-Steine (D. R. P. und Weltpatente) können von jedermann in einfacher Weise auch unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Kalk-Schlacke, usw.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. AMBI-Formen werden auch verliehen. Große Ersparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Massiv“ ist die beste Stieblungsbauteilweise und erzielt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Juli 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M. der AMBI-Werke Akt. II/O. 61 Berlin SW. 68, Poststr. 18. D. L. G. Wanderausstellung, Nürnberg (22.-27. Juni 1922).

AMBI-Ausstellung unter der AMBI-Scheune (Reihe 2, Stand 2).